

**Gegenstand: Unterbringung der Kreis- und Stadtbildstelle;
 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.04.2013
 Vorlage: 1052/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die mündliche Begründung des Antrages erfolgt durch Frau Spoden. Anlass war ein Besuch der Schule, bei der festgestellt wurde, dass dort gar keine echte Malerwerkstätte vorhanden ist, obwohl diese Einrichtung inzwischen bekannt und wichtig für die kindliche Entwicklung ist. Die Bildstelle, deren Arbeit sicherlich auch wichtig ist, kann sicher auch an anderer Stelle untergebracht werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Verwaltung mit dem LBB, der Eigentümer des Gebäudes ist, seit Auszug der Pestalozzischule bereits Gespräche führt. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Bildstelle zusammen mit dem Kreis betrieben wird. Letztendlich ist ein Umzug jedoch von der Entscheidung des LBB abhängig. Die Sporthalle kann voraussichtlich gekauft und übernommen werden. Daher betrachtet er den Prüfauftrag als Ergänzung zu dem, was die Verwaltung bereits veranlasst hat. Eine Abstimmung erscheint ihm insoweit verzichtbar.

Herr Feiniler zeigt sich überrascht darüber, denn der Schulleiter der Erlich-Schule wusste davon anscheinend nichts. Die SPD möchte vermeiden, dass der Prüfauftrag irgendwo in einer Schublade verschwindet.

Der Vorsitzende sagt zu, den Punkt in 6 Monaten wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, um über den weiteren Fortgang zu berichten.

**Gegenstand: Konzeption für das Areal des ehemaligen Stiftungskrankenhauses nach Auslauf der Krankenhausnutzung;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 20.04.2013
Vorlage: 1048/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Dr. Jung nimmt zunächst zur Presseberichterstattung Stellung, in der von Plagiatsvorwürfen die Rede war. Richtig sei, dass sich eine Arbeitsgruppe der CDU seit langem mit der Konversion - auch ziviler Flächen - beschäftigt. Der Antrag ist also nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Er sieht in der Idee einen Paradigmenwechsel, neu entstehende Wohnbebauung nicht durch einen Bauträger realisieren zu lassen. In anderen Städten wird dies bereits umgesetzt; die Idee von Baugemeinschaften ging bisher jedoch an Speyer vorbei. Die Stadt muss sich darin allerdings selbst engagieren. Bürgerinnen und Bürger aus Speyer sollten sich zu einer Gesellschaft zusammenschließen und mit Unterstützung und Moderation durch GEWO und GBS als Partner selbst tätig werden. Es gibt schon sehr viele positive Beispiele in diesem Zusammenhang, z.B. in Tübingen oder Freiburg. Ihm erscheint bemerkenswert, dass die Bürgermeisterin aus Tübingen auf einem, leider mäßig besuchten, Workshop der GEWO dazu gesprochen hat. Dort haben Baugemeinschaften vorwiegend bei der Konversion von ehemaligem Militärgelände zusammengewirkt. Er sieht in solchen Baugemeinschaften eine große Chance, weil kein anonymes Bauprojekt entsteht. Die CDU ist vor Beschlussfassung auch mit einer Verweisung in den Bau- und Planungsausschuss einverstanden. Die jetzige Nutzung des Stiftungskrankenhauses läuft noch mindestens bis 2018.

Aus Sicht von Herrn Feiniler besteht grundsätzlich kein Dissens über generationsübergreifendes, gemeinschaftliches Wohnen. Auch von Diebstahl war nicht die Rede; die Presse berichtet manchmal über die Dinge, die so nicht gesagt wurden. Er sieht für die SPD auch einen Zusammenhang mit dem Gesamtareal Ludwigstraße 13 und spricht sich gegen eine Vorfestlegung auf Baugemeinschaften aus, da z.B. auch eine genossenschaftliche Basis wie beim Mehrgenerationenhof Landau denkbar sind. Die SPD jedenfalls ist grundsätzlich dabei.

Frau Münch-Weinmann mahnt, auf Erfahrungen der vergangenen Jahre unbedingt zurückzugreifen und erinnert an ein Beispiel mit der GEWO, das nicht weiterentwickelt wurde und aus dem viele enttäuscht ausgestiegen sind. Außerdem bekräftigt sie die Forderung der Grünen, dass nicht nur kostengünstig sondern gleichzeitig energetisch wertvoll gebaut werden soll.

Herr Roßkopf unterstützt für die SWG grundsätzlich den Antrag. Er erinnert sich an eine Fahrt nach Karlsruhe zu einem entsprechenden Bauprojekt; Ähnliches sollte auf dem Normand-Gelände in einem Cluster umgesetzt werden, was jedoch scheiterte. Neben Architekten braucht man wahrscheinlich auch noch einen Psychologen, um alle Beteiligten unter einen Hut zu bringen. Städte mit Uni wie Tübingen und Freiburg sind viel größer als Speyer und haben mehr Erfahrung mit Wohnen in Wohngemeinschaften.

Das Gelände Stiftungs Krankenhaus kann nach Auffassung von Herrn Jaberg ein wichtiges Areal im Zentrum werden. Speyerer Erfahrungen muss man dabei jedoch einfließen lassen. Zudem sollte das Gelände nur teilweise in einer bestimmten Form angeboten werden; auch sozialer Wohnungsbau ist notwendig. Er hält eine Vorberatung im Bau- und Planungsausschuss für sinnvoll.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Gründe für das damalige Scheitern der Faktor Zeit und inhomogene Gruppenzusammensetzung waren. Die Bildung von Baugemeinschaften sollte aus der Bevölkerung heraus erfolgen und nicht von der Verwaltung oktroyiert werden.

Herr C. Ableiter erklärt, ein solches Projekt lässt sich nicht nur in großen Städten sondern auch in Dörfern umsetzen, setzt jedoch eine Gruppe kritischer Bürger mit einem entsprechendem finanziellen Background voraus. Bislang sind die Versuche gescheitert, weil die Teilnehmer wohl erwarteten, dass die Hauptleistungen von der Stadt übernommen werden. Die BGS begrüßt die Haltung der großen Parteien und unterstützt diesen Antrag.

Der Vorsitzende erinnert an den OB-Wahlkampf, in dem Baugemeinschaften bereits ein Thema bei ihm und bei Herrn Jaberg waren.

Herr Dr. Jakumeit begrüßt für die FDP ein generationsübergreifendes Wohnen für Senioren und junge Familien, mahnt aber, den Bedarf zu ermitteln, damit es nicht zu ungenutzten Leerständen kommt.

Bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt zu schaffen, ist für Herrn Förster sehr wichtig. Egal, wer den Antrag gestellt hat, die Linke unterstützt ihn.

Der Vorsitzende erkennt eine grundsätzliche Annahme des Antrages unter Verweisung in den Bau- und Planungsausschuss, um dort bestehende Projekte zu präsentieren. Dem schließt sich der Rat einstimmig an.

**Gegenstand: Beleuchtungskonzept für die Stadt Speyer;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2013
Vorlage: 1055/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt

Die mündliche Begründung des Antrags erfolgt durch Herrn Czerny. Bündnis 90/Die Grünen geht es nicht um eine generelle Abschaltung des Lichts, sondern um gezielte Reduktion. Dabei zählt nicht nur der Energiespargedanke, sondern man sollte auch den generellen Umgang mit Licht während der Nacht reflektieren. Die Stadt Augsburg ist z.B. schon sehr weit mit diesem Thema und bietet auch Beratung an.

Herr C. Ableiter zeigt sich erfreut und verwundert. Er verweist auf den allerersten Antrag der BGS vor 9 Jahren zur Umstellung der Straßenlampen auf LED-Beleuchtung, der damals abgelehnt wurde. Inzwischen erfolgt Stück für Stück die Umstellung auf diese Technik, die Geld spart und das Phänomen der Irritation von Tieren durch Licht in der Nacht entspannt. Bedenken werden jedoch gegen eine völlige Abschaltung der Beleuchtung mit Blick auf Kriminalität und Vandalismus vorgebracht. Er verweist in diesem Zusammenhang auf Erfahrungswerte am Priesterseminar.

Die SPD sieht dies laut Herrn Feiniler aus den gleichen Gründen ebenfalls kritisch. Er zitiert Erfahrungswerte aus Ladenburg, wo die Abschaltung der Straßenbeleuchtung zu einem deutlich erhöhten Unfallrisiko führte. Daher kann die SPD diesem Antrag aus Sicherheitsgründen nicht zustimmen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Stadt bzw. SWS deutlicher darstellen müssen, was sie machen. Verwaltungsseitig wurde ein solches Vorgehen nicht nur geprüft, sondern befindet sich bereits in der Umsetzung. Schon 2008 wurde die Beleuchtung auf die SWS übertragen, seitdem wurden 40 % der Lampen auf Energiespartetechnik umgestellt, ein Teil davon schon mit LED; die weitere Förderung dieser Technik ist beantragt. Ebenso wird bereits zeitgesteuerte Absenktechnik eingesetzt. Der Masterplan sieht 75 % CO₂-Einsparung vor (bis 2017). Insoweit bittet er die antragstellende Fraktion, konkrete Beispiele in der Stadt zu nennen, wo oder bis wann an diesen Stellen eine vorgezogene Umsetzung erfolgen soll. Ansonsten betrachtet er den Prüfauftrag als zu allgemein gestellt bzw. als erledigt.

34. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.05.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Erziehungshilfe im kommunalen Verbund - Beratungsauftrag des Stadtrates aus der Sitzung vom 7. Februar 2013
Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 1041/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Begründung führt Herr Rottmann aus, dass laut Haushalt 2013 rund 7,3 Mio. € für die Träger aufgewendet werden sollen. Daher wünscht die CDU-Fraktion eine Prüfung, ob dort ein Einsparpotenzial besteht, wenn man die Aufgaben selbst wahrnehmen würde. Dies setzt jedoch die Bereitschaft aus den Umlandgemeinden voraus. Die bisher gehörten Stellen sind genau jene Träger, die solche Einrichtungen gegen Entgelt auch anbieten. Deshalb sollte nochmals im Jugendhilfeausschuss vertiefend über dieses Thema beraten werden. Die mögliche Rechtsform, ob GmbH oder andere Organisationsstruktur, sollte man dabei noch offen lassen.

Der Vorsitzende sieht in der Vorlage einen Sachstandsbericht und keine Beschlussgrundlage. Frau Kabs verweist auf die Beratung im Jugendhilfeausschuss in der vergangenen Woche zu dem Thema. Seitens der Verwaltung sind Gespräche mit dem Kreis geplant. Überlegt werden auch Stellschrauben in der eigenen Verwaltung, z.B. die Vollzeitbetreuung in Pflegefamilien.

Speyer hat nach Ansicht von Herr C. Ableiter nicht für alle Aufgabenwahrnehmungen die richtige Größe. Daher ist es sinnvoll, Gespräche auf regionaler Ebene zu führen. Er unterstützt daher den Prüfauftrag.

**Gegenstand: Stadtbau:
Beschluss über die Festlegung des Stadtumbaugebietes
"Entwicklungsband Kernstadt Nord" auf der Grundlage des
integrierten Entwicklungskonzeptes gemäß § 171b BauGB
Vorlage: 1035/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende führt eingangs aus, dass nach den ausführlichen Beratungen im Bau- und Planungsausschuss auf die erneute Einladung von Frau Pauly verzichtet wurde. Gespräche mit den Fördermittelgebern (ADD) werden aufgenommen, wobei die Stadt in diesem Fall nicht nur Bezieher von Fördermitteln ist, sondern für Private solche auch bereitstellen muss.

Herr Dr. Jung spricht allen Beteiligten ein dickes Kompliment für das aus, was da auf den Weg gebracht wurde. Er bezeichnet das Ergebnis als gelebtes Beispiel für integrierte Stadtentwicklung in einem so inhomogenen, hoch verdichteten Quartier. Auch die Berücksichtigung der klimaangepassten Entwicklung ist ein gutes Beispiel für die Klimaschutzinitiative der Stadt.

Herr C. Ableiter hingegen äußert, ihm sei selten ein so zusammengeschludertes Werk untergekommen, zusammengeschnitten aus allen möglichen Plänen, die an den Nahtstellen holpern und in glückseligmachenden, luftigen Schönheitsbehauptungen münden. (Nahversorgung, Radwege, leerstehende Postgalerie, Schnellstraßen, Versiegelung Sparkassenplatz). Er spricht von groben Ungereimtheiten und einem sachlich falschen Machwerk aus früheren Zeiten. Die Aussagen zum hohen ausländischen Bevölkerungsanteil kritisiert er als grundsätzlich übel. Man hat sich ein Sanierungsgebiet mit den zweithöchsten Durchschnittsmieten in der Stadt ausgesucht – nun sollen Steuergelder hineingesteckt werden, dass die Eigentümer noch höhere Mieten ausschlagen können; dies sei mit der BGS nicht zu machen.

Herr Jaberg stellt dem gegenüber fest, wie unterschiedlich man doch ein solches Konzept beurteilen kann. Die Stärken-Schwächen-Analyse zum Ausländeranteil sollte man dann auch genau lesen, denn er wird tatsächlich als multikulturelle Stärke angeführt. Entstanden sei in vielen Punkten ein sehr grünes Konzept, das in die richtige Richtung weist. Aufgabe ist es nun, den Stadtumbauprozess den Menschen auch näher zu bringen. Über Einzelmaßnahmen muss noch diskutiert werden, dies könne jedoch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Der Vorsitzende ergänzt, dass die Erhebungen aus den Jahren 2010/2011 stammen; daher sind einige Angaben sicherlich von der Wirklichkeit überholt (z.B. Postgalerie).

Der Bau- und Planungsausschuss hat sich laut Herrn Roßkopf sehr lange über das Konzept unterhalten, das im September 2010 begann. Die Erstellung des Papiers hat 50.000 € gekostet und es stehen viele Dinge darin, die schon lange bekannt sind und den Rat nicht unbedingt weiter bringen; insoweit stimmt er Herrn Ableiter zu. Die SWG hat im Ausschuss für die Vorlage gestimmt, weil das Verfahren schon sehr weit fortgeschritten ist. Viele Häuser im Quartier seien in gebrochenen Farben gestrichen; er stellt den Antrag, mehr reine Farben einzusetzen, damit die Häuser nicht so trist zu wirken.

Insgesamt sollte man aber jeweils eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufmachen, was man für das eigene Geld bekommt. Er appelliert nochmals an die Stadträte, sich genau anzusehen, wofür man Haushaltsmittel aufwendet. Der Vorsitzende bestätigt, dass sicher viele Inhalte in Speyer bekannt sind, aber nicht bei den Fördermittelgebern (ADD, Land), die sich auf die Aussagen eines Gutachters stützen.

Herr Hinderberger erklärt für die SPD, die Zusammenfassung der Maßnahmen sei gut. Alle Maßnahmen sollen aber über den Bau- und Planungsausschuss und den Stadtrat laufen. Er schlägt vor, zur Abstimmung zu kommen. Herr Ableiter war ja bei den Beratungen im BPA leider nicht anwesend. Frau Seiler ergänzt, die Abstimmungen sollten eigentlich zusammen mit dem VEP erfolgen; sie fragt nach, wann man mit dessen Vorlage rechnen kann. Der Vorsitzende äußert die Hoffnung, noch vor der Sommerpause 2013 eine Synopse vorlegen zu können.

Auch Herr Czerny spricht von einem zukunftsorientierten Projekt. Er regt an, das Thema Räume für Jugendliche für die Umsetzung mitaufzunehmen.

Herr C. Ableiter geißelt als besonders schlimm, dass für die Versiegelung des St.-Guido-Stifts-Platzes 1 Mio. € aufgewendet wird, um danach 0,5 Mio. € dafür auszugeben, dass Private ihre Innenhöfe entsiegeln; dies sei eine unsinnige grüne Politik. Er bezeichnet die Vorlage als überwiegende Verschwendung von Steuergeldern.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen, BGS-Fraktion), das Untersuchungsgebiet „Entwicklungsband Kernstadt Nord“ gemäß § 171b BauGB, auf der Grundlage des vorliegenden integrierten Entwicklungskonzeptes als Stadtumbaugebiet festzulegen, in dem Stadtumbaumaßnahmen durchgeführt werden sollen.

Folgende Ratsmitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen, da sie Grundstücke in dem Gebiet besitzen: Boiselle-Vogler (SPD), Czerny (Bündnis 90/Die Grünen), Heimfarth (Bündnis 90/Die Grünen), Ritthaler (SWG), Roßkopf (SWG), Spoden (SPD)

34. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.05.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

**Gegenstand: Platz der Stadt Kursk - Benennung des Platzes an der
Rheinpromenade / Speyerbachmündung
Vorlage: 1053/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Platz am Rheinufer südwestlich der Skulptur „Welle“ mit der Bezeichnung „Platz der Stadt Kursk“ zu benennen.

Gegenstand: Weiterer Umgang mit dem Verwaltungsgebäude Ludwigstr. 13
Vorlage: 1049/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Thema bereits im Bau- und Planungsausschuss vorgestellt wurde. Ein Bewerber interessiert sich nur für das Gebäude, ein weiterer für das Gesamtareal. Das Vermarktungsproblem wegen Denkmalschutz und der Nutzung von Haupt- und Seitengebäude hatte einen Verkauf bislang verhindert. Ein Durchbruch zum Stiftungs Krankenhaus (vgl. TOP 2) ist aus Denkmalschutzgründen leider nicht möglich. Aus seiner Sicht sollte der Sanierungsbeschluss unter Neuausschreibung des Gesamtgevierts ausgesetzt werden. Gegen eine sofortige Aufhebung spricht der Verlust möglicher Fördermittel.

Die SPD tut sich laut Herrn Feiniler schwer mit einem Verkauf des Areals. Er schlägt vor, den Gesamtvorgang unter Beifügung von Verwaltungsvorschlägen der Stadtentwicklung in den Bau- und Planungsausschuss zurück zu verweisen. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es zunächst nur um eine erneute Ausschreibung geht, nicht um einen sofortigen Verkauf unter der Hand.

Gegen die Entscheidung für eine Ausschreibung spricht nach Ansicht von Herrn Roßkopf grundsätzlich nichts.

Herr Hinderberger vertritt die Auffassung, dass höhere Einnahmemöglichkeiten bestehen würden, wenn die Käufer genau wissen, was sie an der Stelle realisieren können. Dazu sollte der Stadtentwickler sagen, was er sich vorstellt; dies sei schließlich seine Aufgabe. Der Vorsitzende hat kein Problem damit, in die Ausschreibung genau hineinzuschreiben, was der Rat haben will (vergleiche auch Diskussion zu TOP 2).

Herr Dr. Lorenz regt an, nach dem Erfolg von "Kernstadt Nord" nun ein Programm "Kernstadt Süd" anzustoßen. Die Idee ist nach Ansicht des Vorsitzenden zwar sicher prickelnd, die Schwierigkeit dürfte jedoch sein, dass Speyer bereits ein Projekt im Bundesprogramm hat und damit kaum Chancen für ein weiteres bestehen.

Ein leerstehendes Haus zu verkaufen, stellt aus Sicht von Herrn C. Ableiter ein fiskalisches Geschäft dar, um den Haushalt zu entlasten. Hier steht der planerische Aspekt gegen das fiskalische Geschäft. Er bevorzugt eine Ausschreibung zu Gunsten von generationenübergreifendem Wohnen, es sollten aber auch andere Nutzungen offen bleiben.

Herr Schütt kann den Argumentationen nicht folgen, wenn noch nicht einmal klar ist, was denn nun im Hinblick auf das Stiftungs Krankenhaus gewollt ist. Man sollte nichts über das Knie brechen, sondern nochmals im Bau- und Planungsausschuss darüber beraten.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung, Schütt - Bündnis 90/Die Grünen):

Die Verwaltung wird beauftragt, den Gebäudekomplex Ludwigstraße 13 nochmals zum Verkauf öffentlich auszuschreiben und das Ergebnis der Ausschreibung dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Der Beschluss des Bau- und Planungsausschusses zur Sanierung des Anwesens vom 27.02.2013 wird bis dahin ausgesetzt.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf mündlichen Vorschlag der CDU-Fraktion folgende Umbesetzungen:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Bau- und Planungsausschuss (6.)	unverändert <i>(Dr. Gottfried Jung)</i>	neu: Nicole Pötzschmann-Wemme Steingasse 5 <i>(bisher Stv'in. Theobald)</i>
Bau- und Planungsausschuss (6.)	unverändert <i>(Dirk Theobald)</i>	neu: Johannes Doerr <i>(bisher Stv. Dr. Jung)</i>

34. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.05.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1054/2013

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Spendenlage für die von Fahrradfahrern so geliebte Brücke im Binsfeld derzeit immer noch sehr dünn ist.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

34. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.05.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen und Anregungen von Bürgern liegen nicht vor.

34. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 02.05.2013



34. Sitzung des Stadtrates 02.05.2013 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!